

Bebauungsplan "Bäderäcker"

Fassung für den Satzungsbeschluss – 08.04.2013

Textteil

In Ergänzung der Planzeichnung werden, aufgrund der Bestimmungen des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Neufassung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), der Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung vom 23.1.1990 (BGBl. I S. 127), der Landesbauordnung (LBO) in der Fassung vom 05.03.2010 (GBl. S. 358, ber. 416) sowie der Planzeichenverordnung vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S. 58) in ihrer jeweils geltenden Fassung, nachstehende textliche Festsetzungen festgesetzt.

Sämtliche, innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches dieses Bebauungsplanes evtl. bisher bestehende planungs- und bauordnungsrechtliche Festsetzungen sowie frühere baupolizeiliche Vorschriften werden aufgehoben.

I. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN (§ 9 BauGB und BauNVO)

1. Art der baulichen Nutzung (§§ 1-15 BauNVO)

Die in § 4 der BauNVO aufgeführten zulässigen Nutzungen werden nach § 1 Abs. 5 der BauNVO nur, soweit nachfolgend aufgeführt, Teil des Bebauungsplans. Ausnahmen nach § 1 Abs. 6 der BauNVO werden nicht Bestandteil des Bebauungsplans, soweit sie nicht ausdrücklich nachfolgend aufgeführt sind.

WA: Allgemeines Wohngebiet (§ 4 BauNVO i.V.m. § 1 (5+6) BauNVO)

Es sind folgende Nutzungen zulässig:

- Wohngebäude,
- nicht störende Handwerksbetriebe,
- Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke.

Läden sowie Schank- und Speisewirtschaften sind nur ausnahmsweise zulässig.
(§ 1 Abs. 5 BauNVO)

2. Maß der baulichen Nutzung (§§ 16-21a BauNVO)

Entsprechend den Eintragungen im Plan.

Darüberhinaus wird festgesetzt:

2.1 Baugrenzen (§ 23 (3) BauNVO), (§ 9 (1) Nr. 4 BauGB i.V.m. § 12 und § 23 BauNVO)

Gebäude und Garagen dürfen die festgesetzten Baugrenzen nicht überschreiten. Soweit die notwendigen Abstandsflächen eingehalten sind, dürfen Dachvorsprünge als untergeordnete Bauteile die Baugrenzen um bis zu 0,60 m überschreiten.

Wintergärten, überdachte Sitzplätze und vergleichbare Anbauten an das Hauptgebäude können auf der nicht überbaubaren Grundstücksfläche zugelassen werden, wenn:

- a) Seitliche Abstandsflächen eingehalten werden (keine Grenzbauten),
- b) es sich um Flächen handelt, die für Garagen ausgewiesen sind oder 5 m Abstand zu öffentlichen Verkehrsflächen eingehalten werden und
- c) die Abweichung städtebaulich vertretbar ist und die Gestaltung des Gebäudes nicht beeinträchtigt wird.

2.2 Stellplätze, Garagen und Nebengebäude (§ 9 (1) Nr. 4 i.V.m. 2a BauGB)

1. Garagen sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig. Mit Garagen ist darüber hinaus ein Mindestabstand von 5,0 m im Einfahrtsbereich zur öffentlichen Verkehrsfläche einzuhalten.
2. Nicht überdachte Stellplätze sind außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.
3. Überdachte Stellplätze mit max. 2 geschlossenen Seitenwänden sind außerhalb der mit Garagen überbaubaren Grundstücksflächen zulässig. Mit überdachten Stellplätzen ist ein Abstand von mind. 2,0 m (Dachkante und Bauteile) zur öffentlichen Verkehrsfläche einzuhalten, sofern die Überdachung als Flachdach oder flachgeneigtes Dach (DN max. 15°) ausgeführt wird.
4. Auf jedem Grundstück ist über die nach der LBO zulässige Grenzbebauung hinaus ein Nebengebäude mit bis zu 25 m³ umbauten Raumes in einfacher Konstruktion (Holzschuppen o.ä.) oder ein Kleingewächshaus zulässig. Das Nebengebäude ist außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig (§ 23 Abs. 5 BauNVO). Seine max. Höhe darf 2,3 m über natürlichem Gelände an der höchsten Stelle gemessen, bzw. an der Grundstücksgrenze nicht übersteigen. Zu öffentlichen Flächen ist ein Mindestabstand von 0,5 m einzuhalten. Zu öffentlichen Verkehrsflächen ein Mindestabstand von 5,0 m.

3. Zahl der Vollgeschosse (§ 18 BauNVO)

Entsprechend den Eintragungen im Plan.

4. Bauweise (§ 9 (1) Nr. 2 BauGB und § 22 (4) BauNVO)

Es wird eine abweichende Bauweise nach § 22 Abs. 4 BauNVO festgesetzt.
Für die abweichende Bauweise gelten die Vorschriften der offenen Bauweise. Gebäudelängen sind jedoch nur bis max. 20,0 m zulässig.

5. Stellung der baulichen Anlagen (§ 9 (1) BauGB)

Die Gebäude haben die im Plan eingetragenen Hauptfistrichtungen einzuhalten. Nebenfist sind in Form von Zwerchgiebeln, Zwerch- und Querhäusern zulässig.

Bei Flachdächern bzw. anderen zulässigen Dachformen sind die Gebäudelängsseiten an den festgesetzten Hauptfistrichtungen auszurichten.

6. Böschungen, Stützbauwerke, Aufschüttungen

a) Öffentliche Verkehrsflächen (§ 9 (1) Nr. 26 BauGB)

Soweit der Plan keine weiteren Festsetzungen enthält, sind die an öffentlichen Verkehrsflächen angrenzenden Baugrundstücksflächen bis zu einer Entfernung von 5,0 m von der Begrenzungslinie der öffentlichen Verkehrsflächen als Böschungen gem. § 9 (1) Nr. 26 BauGB festgesetzt. Sie können bis zu einem Höhenunterschied von 1,8 m zur Straßenhöhe für Aufschüttungen und Abgrabungen in Anspruch genommen werden.

Zur Herstellung des Straßenkörpers sind in den, an öffentlichen Verkehrsflächen angrenzenden Grundstücken unterirdische Stützbauwerke entlang der Grundstücksgrenzen mit einer Breite von max. 0,20 m und einer Tiefe von max. 0,50 m zu dulden.

b) Flächen für Aufschüttungen (§ 9 (1) Nr. 17 und Nr. 20 BauGB)

Gebäude deren Geschosse sich vollständig oder überwiegend unterhalb der im Bebauungsplan festgesetzten Bezugsebene (BZH) befinden sind anzuschütten. Die Anschüttung der Gebäude hat bis 2,0 m unter die Fußbodenhöhe des darüber liegenden Geschosses zu erfolgen.

Ebenerdige Terrassen- oder Kellerzugänge können ausnahmsweise zugelassen werden, soweit diese gedeckt ausgeführt werden. Dies gilt auch für Terrassen.
(Hinweis: Gedeckt = von öffentlichen Flächen aus nicht sichtbar)

c) Sonstige Aufschüttungen und Abgrabungen (§ 9 (1) Nr. 17 BauGB)

Außerhalb der für Aufschüttungen im Lageplan gesondert gekennzeichneten Bereiche sind sonstige (nicht vor genannte) Aufschüttungen bis max. 1,0 m über das bestehende Urgelände zulässig. Abgrabungen sind bis 1,0 m unter bestehendes Urgelände zulässig.

Für Terrassen sind Aufschüttungen bis 1,5 m zulässig. Zur öffentlichen Verkehrsfläche ist jeweils das Doppelte des Höhenunterschiedes als Abstand einzuhalten.

7. **Höhenlage der Gebäude, Trauf- und Gebäudehöhen** (§ 9 (2) BauGB i.V.m. § 16 (4) und § 18 BauNVO)

Die zulässige Bezugshöhe für die Gebäude (BZH über NN) ist im Lageplan festgesetzt.

Die Traufhöhe (TH) - gemessen von der Bezugshöhe (BZH) bis Schnittpunkt der Außenwand mit der Dachhaut - sowie die maximale Firsthöhe (FH) / Gebäudehöhe (GH) - gemessen von der Bezugshöhe (BZH) bis zum First / Gebäudeoberkante richtet sich nach dem Einschrieb im Lageplan. Die Erdgeschoßfußbodenhöhe (EFH) darf über der Bezugshöhe liegen oder darf diese unterschreiten.

Die Festlegung der Traufhöhen (TH) gilt nicht für untergeordnete Gebäudeteile, sowie bei Gebäuderücksprüngen bis zu 1/3 der Gebäudelängsseiten.

Im Zusammenhang mit Pultdächern gilt die maximal zulässige Traufhöhe nur auf der niedrigen Dachseite. Auf der höher liegenden Dachseite gilt die festgesetzte Gesamtgebäudehöhe (GH) bzw. Firsthöhe (FH).

Gebäude mit Flachdächern (FD; Dachneigung 0-10°) dürfen eine Gesamtgebäudehöhe (GH) von 6,75 m über Bezugshöhe nicht überschreiten. Als Gebäude mit Flachdächern gelten auch Gebäude mit (innenliegenden) Dachneigungen von mehr als 10° soweit das Dach mit einer Attika bzw. sonstigen flach geneigten Umrahmung umfasst ist.

Die festgesetzten Gebäudehöhen und Oberkanten der Dachflächen dürfen mit auf dem Dach aufgeständerten Anlagen zur Energiegewinnung max. 0,50 m überschritten werden.

8. **Verkehrsflächen** (§ 9 (1) Nr. 1 BauGB)

Die Verkehrsflächen sind in ihrer Aufteilung nur Richtlinien. Flächen für Verkehrsgrün sind ordentlicher Teil der Verkehrsflächen.

9. **Flächen mit festgesetzten Maßnahmen zur Vermeidung schädlicher Umwelteinwirkungen** (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 und Abs. 6 BauGB)

Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen; hier: passiver Schallschutz:

Innerhalb der im Bebauungsplan festgelegten Bereiche:

Anforderungen an das erforderliche Schalldämmmaß der beeinträchtigten Außenbauteile von Außenbauteilen - bei Wohnungen mit Ausnahme von Küchen, Bädern und Hausarbeitsräumen - auf der B 293 direkt und seitlich zugewandten Gebäudeseiten nach DIN 4109.

Erforderliche $R_{w, res}$ = 30 dB (A)

Lärmpegelbereich I und II

Maßgeblicher Außenlärmpegel: bis 60 dB(A)

Hinweis: Die zur Einhaltung der geltenden Energieeinsparungsvorschriften notwendigen Fenster und Bauteile gewährleisten aufgrund ihrer Dämmungseigenschaften regelmäßig die notwendige Lärmreduzierung für Aufenthaltsräume.

10. Regenrückhalteanlage (§ 9 (1) Nr. 20 i. V. m. (§ 9 (1) Nr.14 BauGB)

Für die Dachabflüsse der einzelnen Grundstücke sind Anlagen zur Regenwasserrückhaltung zu erstellen (Zisternen). Diese Anlagen müssen über ein zwangsentleerendes Reservolumen von mindestens 3 m³ pro Dach eines Hauptgebäudes je Grundstück aufweisen (Retentionszisterne mit 3 m³ Drosselvolumen und einem Normalregenabfluss von 0,03 l/sec pro m² Dachfläche). Bei einer Dachfläche von mehr als 180 m² je Grundstück erhöht sich das Drosselvolumen auf 4 m³.

11. Maßnahmen zum Schutz von Boden und Natur (§ 9 (1) Nr. 20 BauGB)

Stellplätze, Zuwegungen, Terrassen usw. sind mit wasserdurchlässigen Belägen (z.B. Rasenpflaster, Pflaster usw.) herzustellen. Die nicht überbauten Flächen sind, sofern sie nicht als Gehflächen, Zufahrten oder sonstige Erschließungsanlagen genutzt werden, gärtnerisch anzulegen und zu unterhalten. Wasserundurchlässig befestigte Grundstücksflächen sind zur Aufrechterhaltung der Bodenfunktionen auf ein absolutes Mindestmaß zu beschränken. Werden für Terrassen andere Beläge verwendet, so ist die natürliche Funktion des Bodens durch andere Maßnahmen gleichwertig sicherzustellen.

12. Anpflanzen von Bäumen, Sträucher und sonstige Bepflanzungen

((§ 9 (1) Nr. 20 BauGB, § 9 (1) Nr. 25a BauGB in Verbindung mit § 9 (1) Nr. 25b BauGB)

Pflanzgebot 1 (pfg 1) - Verkehrsgrün

An dem im Plan als Verkehrsgrün gezeichneten Stellen sind Laubgehölzhochstämme zu pflanzen. Die Verkehrsgrünflächen sind mit einzelnen Solitärsträuchern, standortgerechten Stauden oder bodendeckenden Gehölzen anzupflanzen bzw. als extensive Grünlandfläche anzulegen.

GEHÖLZARTENAUSWAHL:

Laubgehölzhochstämme

Mindestqualität: Hochstämme aus extra weitem Stand, 3 x verpflanzt mit Ballen, Stammumfang: 18-20 cm.

- Acer campestre – Feldahorn
- Acer platanoides – Spitzahorn
- Carpinus betulus – Hainbuche
- Fraxinus excelsior – Esche
- Prunus avium « Plena » - Vogelkirsche
- Pyrus calleryana « Chanticleer » - Chinesische Wildbirne

Die Gehölzartenauswahl stellt eine Empfehlung dar, die ggfs. durch gebietsheimische, standortgerechte Laubgehölzarten erweitert werden kann.

Pflanzgebot 2 (pfg 2) - Öffentliche Grünfläche parallel zum Fußweg im zentralen Bereich des Baugebiets sowie kleine Teilfläche nördlich der Karlsruher Straße

An dem im Plan gezeichneten Stellen sind Laubgehölzhochstämme zu pflanzen. Die Grünflächen sind mit einzelnen Solitärsträuchern, standortgerechten Stauden oder bodendeckenden Gehölzen anzupflanzen bzw. als extensive Grünlandfläche anzulegen.

GEHÖLZARTENAUSWAHL:

Laubgehölzhochstämme

Mindestqualität: Hochstämme aus extra weitem Stand, 3 x verpflanzt mit Ballen, Stammumfang: 18-20 cm.

- Acer campestre – Feldahorn
- Acer platanoides – Spitzahorn
- Carpinus betulus – Hainbuche
- Fraxinus excelsior – Esche
- Prunus avium – Vogelkirsche
- Sorbus aria – Mehlbeere
- Sorbus torminalis – Elsbeere
- Tilia cordata – Winterlinde
- Tilia platyphyllos - Sommerlinde

Obsthochstämme: Bei der Pflanzung von Obstbäumen sind ausschließlich Hochstämme (Kronenansatz > 180 cm) mit starkwüchsigen Unterlagen zu verwenden.

Apfel (Sortenauswahl):

- Bohnapfel Gehrers - Rambour
- Berner Rosenapfel – Hauxapfel
- Grahams Jubiläumsapfel - Welschisner
- Boskoop - Josef Musch
- Jakob Fischer - Salemer Klosterapfel
- Spätblühender Wintertaffetapfel - Schöner aus Nordhausen
- Teuringer Rambour - Kumpfenapfel
- Efringer Kurzstiel - Gelber Bellefleur
- Bergerapfel - Jakob Lebel
- Kaiser Wilhelm

Birnen (Sortenauswahl):

- Gelbmöstler - Schweizer Wasserbirne
- Oberösterreichischer Weinbirne – Palmischbirne
- Grüne Jagdbirne – Mollenbusch
- Champagner Bratbirne - Bayerische Weinbirne
- Gellerts Butterbirne – Muskatellerbirne
- Würgelesbirne - Große Rommelter

Kirschen (Sortenauswahl):

- Große Schwarze Knorpel - Büttners Rote Knorpelkirsche
- Glemser

Zwetschgen und Pflaumen (Sortenauswahl):

- Hauszwetschge - Hafer- oder Gebirgszwetschge
- Große Grüne Reneklode - Nancy-Mirabelle
- Mirabelle aus Metz - Ouillins Reneklode
- Zibarte Blau

Walnuß

Die Gehölzartenauswahl stellt eine Empfehlung dar, die ggfs. durch gebietsheimische, standortgerechte Laubgehölzarten erweitert werden kann.

Pflanzgebot 3 (pfg 3) - Private Grünfläche am westlichen Plangebietsrand

Im Bereich der in der Planzeichnung eingetragenen Pflanzgebotsfläche sind auf ca. 50% der Fläche 1-2 reihige freiwachsende Hecken zu pflanzen, der Abstand der Gehölze hat in der Regel ca. 120 cm zu betragen. Hierbei sind für die Heckenpflanzung 80% der Strauchgehölze als verpflanzte Sträucher 60-100 cm Höhe, 20% als Solitärsträucher 150-200 cm Höhe zu pflanzen. Die einzelnen Straucharten sind in Gruppen zu 3-5 Exemplaren derselben Art zu pflanzen.

Zur Erhaltung sind langfristige Pflegemaßnahmen im Bereich der Gehölzpflanzung zuzunehmen: Gehölzpflanzung durch „Auf-den-Stock-setzen“ von ca. 25% des Bestandes in Zeitabständen von 5-6 Jahren, so dass die jeweiligen Teilabschnitte ca. alle 20-24 Jahre gepflegt werden. Die an die Hecke angrenzenden Krautsaumbereiche sind durch abschnittsweise und zeitlich versetzte Mahd 1 x jährlich langfristig zu pflegen; der Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln ist nicht zulässig.

Ergänzend sind Laubgehölz- bzw. Obsthochstämme zu pflanzen (Einzelgehölze bzw. Baumgruppen).

GEHÖLZARTENAUSWAHL:

HECKENPFLANZUNG

Baumarten: Heister 2 x verpflanzte, 100-150 cm (5% d. Gesamtstückzahl)

- *Acer campestre* - Feldahorn
- *Acer platanoides* – Spitzahorn
- *Acer pseudoplatanus* - Bergahorn
- *Carpinus betulus* – Hainbuche
- *Fagus sylvatica* - Rotbuche
- *Fraxinus excelsior* – Esche
- *Malus sylvestris* - Wildapfel
- *Prunus avium* – Vogelkirsche
- *Pyrus communis* - Wildbirne
- *Quercus robur* – Stieleiche
- *Sorbus torminalis* – Elsbeere

Straucharten: Str. 2 x verpflanzte, 100-120 cm bzw. Sol. 150-200 cm)

- *Crataegus laevigata* - Zweigriffliger Weißdorn
- *Crataegus monogyna* - Eingriffliger Weißdorn
- *Cornus sanguinea* – Hartriegel
- *Corylus avellana* – Haselnuß
- *Euonymus europaea* – Pfaffenhütchen
- *Ligustrum vulgare* – Liguster
- *Lonicera xylosteum* – Heckenkirsche
- *Prunus spinosa* – Schlehe
- *Rhamnus cathartica* – Kreuzdorn
- *Rosa arvensis* - Kriech-Rose
- *Rosa canina* – Hundsröse
- *Rosa rubiginosa* – Weinrose
- *Sambucus nigra* - Schwarzer Holunder

- Viburnum lantana - Wolliger Schneeball

BAUMPFLANZUNG

Laubgehölzhochstämme:

Mindestqualität: Hochstämme aus extra weitem Stand, 3 x verpflanzt mit Ballen, Stammumfang = 16-18 cm.

- Acer campestre – Feldahorn
- Acer platanoides – Spitzahorn
- Acer pseudoplatanus – Bergahorn
- Carpinus betulus – Hainbuche
- Fagus sylvatica – Rotbuche
- Fraxinus excelsior – Esche
- Prunus avium – Vogelkirsche
- Quercus petraea – Traubeneiche
- Quercus robur – Stieleiche
- Sorbus aria – Mehlbeere
- Sorbus torminalis – Elsbeere
- Tilia cordata – Winterlinde
- Tilia platyphyllos – Sommerlinde

Obsthochstämme:

Es können Obsthochstämmen nach Liste des Pflanzgebotes 2 gepflanzt werden.

Die Gehölzartenauswahl stellt eine Empfehlung dar, die ggfs. durch gebietsheimische, standortgerechte Laubgehölzarten erweitert werden kann.

Pflanzgebot 4 (pfg 4) - Öffentliche Grünfläche – Kinderspielplatz

Im Bereich der gekennzeichneten Fläche sind Laubgehölz- bzw. Obsthochstämme sowie kleine Heckenabschnitte zu pflanzen und auf Dauer zu erhalten. Der Unterwuchs im Bereich der öffentlichen Grünfläche ist als Extensivgrünland bzw. mit bodendeckenden Stauden und Gehölzen zu unterhalten.

Gehölzartenauswahl: Maßgebend ist die Pflanzenliste zu Pflanzgebot 2

Pflanzgebot 5 (pfg 5) - Baumpflanzung auf privater Grundstücksfläche

An den im Lageplan bezeichneten Stellen sind Laubgehölzhochstämme zu pflanzen; die Anzahl der Bäume ist einzuhalten, die Standorte der Bäume können je nach Lage der privaten Erschließung angepasst werden.

Gehölzartenauswahl: Maßgebend ist die Pflanzenliste zu Pflanzgebot 1

Pflanzgebot 6 (pfg 6) - Private Grundstücksflächen

Die nicht überbauten Flächen der Baugrundstücke sind dauerhaft als Grünflächen anzulegen und zu unterhalten. Im Bereich der Baugrundstücke ist ab 350 m²

Grundstücksfläche ein standortgerechter Laub- bzw. Obstgehölzhochstamm pro angefangene 350 m² zu pflanzen. Auf den privaten Grundstücksflächen über 600 m² sind je angefangene 300 m² ein standortgerechter Laub- bzw. Obstgehölzhochstamm zu pflanzen. Die Baumfestsetzung des Pflanzgebots 5 wird angerechnet.

Gehölzartenauswahl: Maßgebend ist die Pflanzenliste zu Pflanzgebot 2

Pflanzgebot 7 (pfg 7) - Fläche für die Wasserwirtschaft

Die Fläche dient zur Sammlung, Verdunstung, Reinigung und gedrosselten Ableitung des im Planungsgebiet anfallenden Niederschlagswassers aus Verkehrsflächen und Dachflächen. Außerhalb des maximalen Einstaubereichs (extensiv gepflegte Gras-Kraut-Vegetation) werden heckenartige Gehölzstrukturen (Flächenanteil ca. 12-15%) sowie Laubgehölzhochstämme gepflanzt. Hierbei sind für die Heckenpflanzung 80% der Strauchgehölze als verpflanzte Sträucher 60-100 cm, 20% als Solitärsträucher 150- 200 cm zu pflanzen. Die Pflanzabstände der Sträucher sollen ca. 120 cm betragen. Die restlichen Flächen sind als extensiv genutzte Grünlandflächen zu unterhalten. Ergänzend sind Teilflächen mit Schotteraufschüttungen vorzusehen.

Gehölzartenauswahl: Maßgebend ist die Pflanzenliste zu Pflanzgebot 3

Pflanzgebot 8 (pfg 8) - Öffentliche Grünfläche – Östliche Plangebietsgrenze

Im Bereich der in der Planzeichnung eingetragenen Pflanzgebotsfläche sind auf ca. 75% der Fläche 1-2 reihige niedrige freiwachsende Hecken zu pflanzen, der Abstand der Gehölze soll ca. 120 cm betragen. Hierbei sind für die Heckenpflanzung 80% der Strauchgehölze als verpflanzte Sträucher 60-100 cm Höhe, 20% als Solitärsträucher 150-200 cm Höhe zu pflanzen. Die einzelnen Straucharten sind in Gruppen zu 3-5 Exemplaren derselben Art zu pflanzen.

Zur Erhaltung sind langfristige Pflegemaßnahmen im Bereich der Gehölzpflanzung vorzunehmen: Gehölzpflege durch „Auf-den-Stock-setzen“ von ca. 25% des Bestandes in Zeitabständen von 5-6 Jahren, so dass die jeweiligen Teilabschnitte ca. alle 20-24 Jahre gepflegt werden. Die an die Hecke angrenzenden Krautsaumbereiche sind durch abschnittsweise und zeitlich versetzte Mahd 1 x jährlich langfristig zu pflegen; der Einsatz von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln ist nicht zulässig.

Die Krautsaumbereiche sind durch abschnittsweise und zeitlich versetzte Mahd 1 x jährlich langfristig zu pflegen; der Einsatz von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln ist nicht zulässig.

Ergänzend sind außerhalb des Verlaufs des Schutzstreifens der Gashochdruckleitung Laubgehölz- bzw. Obsthochstämme zu pflanzen.

Gehölzartenauswahl: Maßgebend ist die Pflanzenliste zu Pflanzgebot 3